

# Minderheide macht mobil

Der Bildungsausschuss tagt heute in der Kuhlenkampschule. Es gibt Überlegungen die Förderschule nach Todtenhausen zu verlagern. Dagegen regt sich Protest.

Von Nadine Conti

**Minden (mt).** Muss die Kuhlenkampschule nun doch nach Todtenhausen ziehen? Das Gemunkel um die Förderschule im Schäferfeld gibt es schon länger. Im Zuge der Schulentwicklungsplanung gab es erste Überlegungen den Standort zu verlegen (das MT berichtete). Immerhin wird mit dem Auslaufen der Hauptschule ein gut ausgebauter Schulstandort in Todtenhausen frei. Die dortige Ortsgemeinschaft kämpft für den Erhalt des Standortes. Außerdem müsste die Stadt voraussichtlich Fördergelder zurückzahlen, wenn hier kein Schulbetrieb mehr erfolgt.

Die Schule hat sich allerdings von Anfang an deutlich gegen einen solchen Umzug ausgesprochen. Die Randlege passt nicht ins pädagogische Konzept, wichtige Kooperationen gingen verloren, argumentieren Schulleitung und Lehrer. Überdies würde der Schulweg für viele Kinder viel zu weit – die Kuhlenkampschule ist eine der wenigen verbliebenen Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und betreut Kinder aus Minden, Porta Westfalica, Petershagen und Hille.

Nun machen auch der SPD-Ortsverein und die Kulturgemeinschaft Minderheide gegen eine Verlagerung mobil. Sie fürchten vor allem um ihren Gemeinschaftsraum, der von zahlreichen Vereinen genutzt wird. Von der Kulturgemeinschaft wurden erhebliche Mittel und Arbeit investiert, heißt es in einer Pressemitteilung. Das wolle man nicht aufgeben, schon gar nicht vor dem Hintergrund, dass man bereits beim Verkauf der Grundschule „kalt enteignet“ worden sei. Damals wurden das Backhaus und die Heimatstube, in die die Kulturgemeinschaft erhebliche Summen investiert hatte, mitverkauft.

Was einige an der Schule und im Ort besonders empört: Als zentrales Argument für einen Umzug wird nun der massive Sanierungsstau an der Schule in Stellung gebracht. Der ist allerdings vor allem dadurch entstanden, dass sich



Der Verlust des Schulstandortes wäre ein herber Verlust für die Ortsgemeinschaft und ihre Vereine. Aus dem selben Grund kämpfen Todtenhauser Bürger dafür, ihren Schulstandort neu zu belegen. MT-Foto: Alex Lehn

die Stadt hier in den vergangenen Jahren sehr zurückgehalten hat. Aus nachvollziehbaren Gründen: Zuerst gab es andere Standorte, in die dringender investiert werden musste, dann schien im Zuge des forcierten Inklusionsprozesses fraglich, wie lange es eine solche Förderschule überhaupt noch geben sollte, zum Schluss wurde diskutiert, ob die Trägerschaft nicht an den Kreis übergehen sollte.

Aktuell hält sich die Verwaltung auffällig bedeckt, was die weiteren Pläne für die Kuhlenkampschule angeht. „Es ist noch nichts entschieden“, sagt der Leiter des Schulbüros Horst Grüner. Man wolle die Förderschule in jedem Fall erhalten – unabhängig vom Standort. Im Übrigen müsse jetzt erst einmal der Sanierungsbedarf realistisch kalkuliert werden, man hoffe, dann im

Laufe des Jahres entscheidungsfähig zu sein. Er verweist darauf, dass die Landespolitik hier – nicht zum ersten Mal – fast schon beschlossene Pläne durchkreuzt: Im Zeichen der rot-grünen Inklusionspolitik standen mehrere Förderschulen vor dem Ende, weil sie die erforderlichen Schülerzahlen nicht mehr erreichten. Die Trägerschaft für die Kuhlenkampschule wäre dann vollkommen folgerichtig auf den Kreis zugefallen, weil sie am Ende die einzige noch verbliebene Förderschule Lernen im Kreis gewesen wäre. Nun hat die neue Landesregierung aber die sogenannte Mindestgrößenverordnung gekippt. Damit ist bei der Förderschulplanung des Kreises wieder alles offen, sagt das Schulbüro. Der Kreis sagt allerdings, an ihm läge es nicht: Die Gespräche ruhen auf ausdrücklichen

Wunsch der Stadt Minden.

Am heutigen Dienstag ab 16.30 Uhr werden sich jedenfalls die Mitglieder des Bildungsausschusses erst einmal vor Ort ein Bild von der Lage machen. Der SPD-Stadtvorordnete und stellvertretende Vorsitzende der Kulturgemeinschaft Hans-Jürgen Wolff hat die betroffenen Minderheider schon einmal mobilisiert und zu zahlreichem Erscheinen in der öffentlichen Sitzung aufgefordert. Und in den Geschäften des Ortsteils liegen längst die Unterschriftenlisten zum Protest aus.

Der Bildungsausschuss hat noch einige weitere, zum Teil umstrittene Punkte auf der Tagesordnung: Unter anderem wird es um die weitere Beschulung der Flüchtlingskinder und die Einrichtung eines Hauptschulzweiges an den Realschulen gehen.

## Netzerweiterung in Stemmer

**Minden-Stemmer (mt/mre).** Entlang der Straße Stemmer Weingarten wird die Fahrbahn eingengt. Grund dafür ist eine Netzerweiterung durch die Deutsche Telekom. Die Arbeiten beginnen am 14. März und dauern bis zum 28. März. Anlieger haben weiterhin Zufahrt. Das teilt die Stadt Minden mit.

– Anzeige –

## Jam-Session im Pfannkuchenstüble

**Minden (mt/ani).** Das Café der Kulturen lädt für Donnerstag, 15. März, zur dritten Jam-Session in das Pfannkuchenstüble, Königstraße 36, ein. Alle Besucher sind von 18 bis 21.30 Uhr eingeladen mitzuhören, mitzutanzten oder selbst zum Instrument zu greifen. Der Eintritt ist frei.

## Vortrag zum Thema Solebaden

**Minden (mt/mre).** Im Solebad Minden findet am Mittwoch, 14. März, ein Vortrag zum Thema „Warum Solebaden die Gesundheit fördert“ statt. Beginn ist um 18.30 Uhr. Referentin ist Physiotherapeutin Renate Schulwitz, die seit 30 Jahren Erfahrung mit Sole hat. Anmeldung unter (05 71) 9 56 33 85.



Gedankenaustausch in der Pause: Co-Organisatorin Birgit Oldenburg (von links) diskutiert mit Christine Zeides, Artur Rosenstern und Ralf Burnicki von der Herforder Autorengruppe. Foto: Detlef Müller

## Neuaufgabe als festes Ziel

Sechstes Literatur-Festival soll nicht das letzte sein

**Minden (mt).** Fast 500 Zuhörer haben bei den „Weser-Lesern“ den Worten von gut 40 Autoren gelauscht. Das sechste Literatur-Festival soll deshalb nicht das letzte sein. Für 2019 strebt die Hauptorganisatorin Andrea Gerecke eine Neuaufgabe an.

„Wir müssen überlegen, ob wir den Gästen nicht die Qual der Wahl ersparen“, merkte die Krimi-Autorin selbstkritisch nach Gesprächen mit Besuchern in den Pausen an. Denn die Wahl hatten viele in der Tat, als sie am Samstag hin- und hergerissen sich entscheiden mussten, welchen Beiträgen sie in der „Ameise/Kulturhü-

gel“ auf der großen Bühne oder in der kleinen Literatur-Lounge beiwohnen wollten.

Auf der großen Bühne lasen Kerstin Rickert und Jürgen Langenkämper zwei Geschichten aus den von ihnen mitverfassten „Mindener Geheimnissen“ und berichteten von der Entstehungsgeschichte des Bandes. Gleich in zwei Sets trugen Ralf Burnicki, Nicolas Brögelwirth, Petra Czernitzki, Michael Helm, Artur Rosenstern und Christine Zeides von der Herforder Autorengruppe Lyrik und Prosa aus ihrer Anthologie „Das kursiv gedachte Ich“ und aus anderen Werken vor. Meike Messal eröffnete ihren

zweiten Krimi „Atemlose Stille“ mit einem Leichenfund an der Schiffmühle.

Die gebürtige Mindener Sylvia Howe stellte ihren Erstlingsroman „Doggenküsse“ in der Literatur-Lounge vor. Als Sachbuchautor präsentierte Bernd Ellerbock aus Seelze den Mittellandkanal. Tiergeschichten rückte Brigitta Rudolf aus Bad Oeynhausen in den Mittelpunkt. Kurze Geschichten las die vielköpfige Schreibgruppe Tintenfass aus Espelkamp vor. Als Dank für ihre Teilnahme überreichte Andrea Gerecke den angereisten Autorengruppen von Thalia gestiftete Büchergutscheine.

## „Das Gegenteil ist richtig“

Bicon widerspricht Darstellungen zum Regioport

Von Herbert Busch

**Bückeberg-Cammer (hz).** Die Bürgerinitiative Containerhafen (Bicon) widerspricht der Darstellung der Stadt Minden, der zufolge die Baugenehmigung für das Hafen-Vorhaben Regioport Weser rechtmäßig ist. „Der versuchten Deutung der Stadt Minden, dass die Baugenehmigung rechtmäßig sein soll, müssen wir klar widersprechen. Das Gegenteil ist richtig“, heißt es in einem Schreiben, das den Mitgliedern des Planungsverbandes zugestellt werden wird und das dem Mindener Tageblatt vorliegt.

Die Stadt Minden hatte unmittelbar im Anschluss an die Zustellung eines Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Münster eine Mitteilung an die Presse gegeben, die die Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung betonte. Die in Cammer beheimatete Initiative stellt in ihrem Brief klar, dass der Beschluss des Gerichts lediglich festhalte, dass „die Antragstellerin als Privatperson nicht antragsbefugt“ sei. Damit sei das mit der Beschwerde verbundene Ziel, einen kurzfristigen Baustopp beim Regioport zu erwirken, nicht erreicht worden. „Mehr aber auch nicht“, stellen die Autoren heraus.

Das Oberverwaltungsgericht führe klar aus, dass es die Baugenehmigung für offensichtlich rechtswidrig hält, die

antragstellende Privatperson nur nicht befugt sei, das auch durchzusetzen, heißt es in dem Schreiben. Darüber hinaus habe das Gericht festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Erteilung der Baugenehmigung notwendig sei, aber nicht durchgeführt wurde.

„Die aktuellen Bautätigkeiten sind objektiv rechtswidrig“, fassen die Absender ihre Sicht der Dinge zusammen. Nur weil die Antragstellerin nicht befugt sei, diese Rechtswidrigkeit vom Verwaltungsgericht feststellen zu lassen, werde die Baugenehmigung nicht rechtmäßig. „Es wird versucht, durch zügige Bautätigkeit Fakten zu schaffen, bevor

der rechtliche Rahmen geklärt ist“, schreibt die Bicon.

Die Autoren erinnern daran, dass für den 17. Mai die Revisionsverhandlung zum Bebauungsplan Regioport Weser vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig anberaumt ist. „Sollte das Gericht zur gleichen Ansicht kommen wie das Oberverwaltungsgericht Münster, nämlich dass die Gründung des Verbandes nicht rechtsgültig ist, dann sind alle bisherigen Beschlüsse der Verbandsversammlung nichtig und der Bebauungsplan sowie alle erteilten Baugenehmigungen illegal“, ist in dem vom Bicon-Vorsitzenden Uwe Tönsing unterzeichneten Brief zu lesen.



Unweit des Mittellandkanals macht ein großes Schild auf Details des Bauvorhabens aufmerksam. Foto: Busch